

Kurzmeldungen 6/2007

Bundestag beschließt Tornado-Einsatz in Afghanistan

Der Bundestag beschloß den Einsatz deutscher Aufklärungstornados in Afghanistan. Die Nato versucht mit großflächigen Bombardements die Taliban zu bekämpfen. Dabei sterben auch viele Zivilisten. Mehr als 4000 Menschen sind 2006 durch Gefechte und Anschläge in Afghanistan gestorben.

Mit Hilfe von sogenannte „Präzisionsangriffen“ will die NATO jetzt gezielter vorgehen. Wegen der zunehmenden Angriffen der Taliban wurde jetzt die Zahl der ISAF-Soldaten auf 50 000 erhöht.

Der militärpolitische Berater der Bundesregierung hat dem deutschen Außenminister nun einen Warnbrief geschrieben. Darin wirft er den westlichen Truppen massive Verstöße gegen das Kriegsvölkerrecht vor, so daß der Afghanistan-Krieg zu einem schmutzigen Krieg entartet ist. Die Öffentlichkeit wird danach über die wahren Zustände dort systematisch belogen.

Der deutsche Auslandseinsatz in Afghanistan ist verfassungsrechtlich umstritten, politisch fragwürdig und finanziell unverhältnismäßig. Allein der Tornadoeinsatz wird nach Expertenschätzung in 6 Monaten 50 Mio Euro betragen, während für die zivile Aufbauhilfe jährlich nur 80 Mio Euro pro Jahr von Deutschland für Afghanistan aufgebracht werden.

Quelle: Tagesschau.de 28.2.07, dpa 27.2.07, Monitor 31.5.07, pax christi 24.5.07

US-Kongress beschloß Fortsetzung des Irak-Krieges

Nachdem die Demokraten im US-Kongress gedroht hatten, die Finanzierung des Irakkrieges zu beenden, stimmten sie im Mai nun für die Fortsetzung des Krieges im Irak. Verbunden wurde diese Zusage an die geplante Privatisierung des irakischen Öls. Sollte das irakische Parlament sich weigern, dem Privatisierungsgesetz für irakisches Öl zuzustimmen, wird der US-Kongress die Mittel aus dem US-Wiederaufbauhilfefonds zurückhalten. Mit Hilfe dieser Fonds soll wiederaufgebaut werden, was die USA im Irak zerstört haben.

Das Privatisierungsgesetz wurde von Beratern von amerikanischen Ölfirmen im Auftrag der Bush-Regierung entworfen. Mit diesem Gesetz würden dem staatlichen Ölunternehmen des Irak (Iraq National Oil Company) lediglich 17 der heute bekannten 80 irakischen Ölfelder verbleiben. Zwei Drittel der bekannten Ölfelder, dazu alle künftig entdeckten Ölquellen, sollen an die privaten Ölkonzerne dieser Welt gehen.

Dafür soll das US-Militär die Ölfelder schützen. Die US-Truppen werden damit offiziell zu Beschützern der Interessen amerikanischer Konzerne im Irak für die nächsten 30 Jahre. Keine Nation des Nahen/Mittleren Ostens hat seine Ölquellen privatisiert. Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain und Iran vergeben lediglich beschränkte Nutzungskonzessionen an internationale Firmen. Diese Kontrakte laufen jeweils über ein oder zwei Jahre.

Quelle: ZNet 28.5.07

Bahnbörsengang

Die Große Koalition will die Bahn privatisieren. Das Verkehrsministerium hat im März einen Gesetzentwurf erarbeitet, nach dem der Bund nahezu jeden Einfluss auf die Netzinfrastruktur und auf den angebotenen Bahnverkehr verlieren würde.

Mehr als 100 Mrd Euro ist die Deutsche Bahn AG wert, für 15 Mrd Euro soll sie verkauft

werden. Über 15 Jahre lang soll der Bund jährlich 2,5 Milliarden Euro für den Netzunterhalt zahlen. Die Gewinne daraus gehen aber an die DB AG. Darüber hinaus trägt der Bund alle Neubaukosten und zahlt für den Regionalverkehr. Die Bahnmanager wollen nun noch zusätzliches Kapital, um im Ausland zu expandieren.

In den Bundestagsausschüssen haben die geladenen Rechtsexperten mehrheitlich Zweifel an der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit des Verkaufs geäußert. Bahn-Chef Mehdorn will möglichst schnell an die Börse und drängt zur Eile. Die SPD will die Pläne ihres Verkehrsministers Tiefensee unterstützen.

Quelle: Bündnis "Bahn für Alle" 14.3.2007, FAZ 23.5.07, dpa 14.3.07

Atommüllendlager

Im Schacht **Asse** bei Braunschweig lagern in 725 Meter Tiefe in einem ehemaligen Salzbergwerk 126 000 Blechfässer mit Atommüll. Etwa zwölf Kubikmeter Salzlake fließen täglich in den Schacht. Bis heute flossen 200 Millionen Euro in die Schließung des Bergwerks. Bis zum Abschluss im Jahr 2017 sollen es insgesamt 800 Millionen sein. Schon 1988 wurde ein Wassereinbruch registriert. Zwei Schächte sind bereits schon abgesoffen. Weil das Forschungsbergwerk dem Bundesforschungsministerium untersteht, unterliegt die Schließung dem Bergrecht und nicht dem Atomrecht, nachdem eine Bürgerbeteiligung vorgesehen ist.

Im Prozeß um den **Schacht Konrad** (ein ehemaliges Eisenerzbergwerk im Tongestein in Salzgitter) hat das BfG entschieden, daß dort 303.000 m³ schwach- und mittelradioaktiver Atommüll gelagert werden dürfen. Das Endlager liegt im Wahlkreis des zuständigen Umweltministers Gabriel (SPD).

Für das Endlager **Gorleben** fielen über die Jahre Kosten von etwa 1,3 Milliarden Euro an. Die Erkundung des Schachts Konrad kostete bisher knapp 900 Millionen Euro.

Das Endlager **Morsleben**, ist ebenfalls ein Salzstock, der wegen Wassereinbrüchen geschlossen werden mußte.

Quelle: dpa 24.4.07, tagesschau.de 14.3.+3.4.2007

Steinkohlesubventionen

Die EU-Kommission hält am System der milliardenschweren Staatsbeihilfen für den Steinkohlenbergbau fest. In einem Bericht über die Subventionen für den Sektor kam die Brüsseler Behörde nach eigenen Angaben vom Montag zu dem Schluss, dass „keine Notwendigkeit für Änderungen besteht“. Da der Weltmarkt für Steinkohle zu funktionieren scheine, könne die EU-Kohleverordnung unverändert bleiben. Die Brüsseler Behörde habe offengelassen, was nach dem Auslaufen der heutigen Regelung im Jahr 2010 geschehen soll.

Quelle: dpa 19.4.+21.5.07

Greenpeace-Studie zur Korruption in der Energiewirtschaft

In der Energiepolitik blockieren Konzerninteressen die notwendigen Reformen zu effektivem Klimaschutz. Das ist ein Ergebnis der Studie „Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer – Verflechtung zwischen Politik und Energiewirtschaft“, die Greenpeace veröffentlicht hat.

Laut Studie sind heute 28 ehemalige Politiker oder hohe Behördenmitarbeiter für die

großen Energiekonzerne aktiv tätig, unter ihnen acht ehemalige Bundes- oder Landesminister. Prominenteste Beispiele sind die beiden Ex-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, SPD, heute Aufsichtsrat bei RWE und Werner Müller, parteilos, heute Vorstandschef der RAG, die zu ihren Amtszeiten alle wichtigen Klimaschutzinstrumente wie Emissionshandel oder den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung blockiert haben. Bis zu seinem Amtsantritt als Minister übte der heutige Wirtschaftsminister Michael Glos, CSU, diverse Nebentätigkeiten bei Energiekonzernen aus.

Quelle: dpa 19.4.07

neues Energiekartellrecht

Das Bundeskartellamt kann künftig in die Preispolitik marktbeherrschender Energiekonzerne eingreifen, wenn ein marktbeherrschender Anbieter für Strom und Gas höhere Preise verlangt als andere Marktteilnehmer. Das gleiche gilt, wenn die Preise in einem unangemessenen Verhältnis zu den Produktionskosten liegen. Künftig müssen die Energiekonzerne darlegen, wie der Preis zustande kam und dass er sachlich gerechtfertigt ist. In Rechtsstreitigkeiten mit den Versorgern musste die Behörde bisher häufig Niederlagen hinnehmen, da sich ein Preismissbrauch nicht beweisen ließ, weil den Beamten die notwendigen Unterlagen fehlten.

Jürgen Basedow, Wettbewerbsrechtler und Vorsitzender der Monopolkommission sagte dazu: „Anstatt die Preismissbrauchskontrolle zu intensivieren, sollte man lieber die Strukturen des Energiesektors verändern, so daß tatsächlich Wettbewerb entsteht. Wer hier nichts unternimmt, darf sich von Regulierungsmaßnahmen nicht allzu viel versprechen.“ Das ist auch die Haltung der EU-Kommission.

Quelle: FAZ 11.4.07

Enteignung von Stromkonzernen rechtlich möglich

Die EU-Kommission hält eine eigentumsrechtliche Zerschlagung der großen Stromkonzerne rechtlich für möglich. Die Kommission halte die Trennung von Netzbetrieb und Stromerzeugung unverändert für die beste Lösung, um für mehr Wettbewerb und sinkende Preise zu sorgen. «Die Eigentums- Entflechtung der Übertragungsnetze ist das beste Konzept», sagte EU-Kommissar Piebalgs. Für diesen Ansatz gibt es jedoch keine Mehrheit bei den 27 EU-Mitgliedsstaaten.

Quelle: dpa 24.5.07

Länder wollen mit Einnahmen aus dem Emissionshandel die Stromsteuer senken

Die Mehrheit der Bundesländer will nach einem Beschluss ihrer Wirtschaftsminister mit Hilfe des Emissionshandels die Stromsteuer senken. Außerdem soll die in der nächsten Runde des Handels mit CO₂-Verschmutzungsrechten zum Teil vorgesehene Versteigerung nur die Energieunternehmen treffen und nicht die sonstige Industrie. Zehn Länder stimmten im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates für den entsprechenden hessischen Antrag. Vier Länder NRW, Berlin, das Saarland und Sachsen-Anhalt stimmten dagegen. Bayern und Rheinland-Pfalz enthielten sich.

Damit soll die Internalisierung der externen Umweltkosten also weiter abgebaut werden.

Quelle: dpa 24.5.07

Genmais

Zu den Folgen des Anbaus von genveränderten Bt-Mais gibt es neue wissenschaftliche Erkenntnisse vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL). Zum einen bestünden Risiken für "Nichtzielorganismen", also Tiere, die keine Bedrohung für die Maispflanzen darstellen, aber dennoch den Bt-Wirkstoff aufnehmen. So seien im Labor negative Einflüsse auf das Überleben, die Entwicklungszeit, die Lebensdauer und die Fortpflanzung bestimmter Insekten festgestellt worden.

Das zweite Problem, das das Bundesamt als Begründung für den Handelsstopp nennt, betrifft die Einlagerung des Bt-Wirkstoffs in den Boden, die "ein relativ hohes Potenzial für ökologische Folgen" berge. Das Bt-Gift könne von Organismen aufgenommen und über die Nahrungskette weitergereicht werden.

Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer stoppte daraufhin den Handel mit Mon-810-Saatgut - was mit der gerade abgeschlossenen Aussaat auf den Feldern geschehen soll, ließ er jedoch offen. Auch der wissenschaftliche Versuchsanbau darf vorerst weiter betrieben werden - so hat das BVL trotz 15.000 Einwendungen aus der Bevölkerung gerade erst neun weitere Testflächen des Monsanto-Konzerns mit einer maximalen Fläche von insgesamt rund 45.000 Quadratmetern genehmigt.

In Naturschutzgebieten solle künftig ein Abstand von mindestens 150 Metern zwischen Genmaiefeldern und herkömmlichen Feldern verbindlich vorgeschrieben werden. Möglich sei auch, den Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut nur in Regionen mit nennenswertem Maiszünsler-Befall zuzulassen.

Mon 810 bildet in seinen Zellen ein Bt-Gift gegen den Maiszünsler, einen Schmetterling, dessen Raupen sich in den Stängeln der Maispflanze einnisten. Fünf dieser Sorten sind inzwischen in Deutschland zugelassen, weitere befinden sich in der Testphase.

Dazu gibt es in mehreren Bundesländern Freisetzungsversuche, bei denen überprüft wird, ob die neuen Sorten den Erwartungen der Forscher gerecht werden. So sollen Maispflanzen künftig nicht nur gegen den Maiszünsler widerstandsfähig sein, sondern auch gegen den Maiswurzelbohrer und das Unkrautbekämpfungsmittel Glyphosat.

Die Gefahr besteht, daß die Maispollen durch Insekten und vom Wind auf benachbarte Felder verbreitet werden und sich dort unkontrolliert verbreiten können. Zudem ist nicht auszuschließen, dass sich Antibiotikaresistenzen verbreiten. Auch die Langzeitfolgen des Konsums genetisch modifizierter Lebensmittel sind noch nicht ausreichend untersucht.

Quelle: tagesschau 1.6.07

Referentenentwurf neues Gentechnikgesetz liegt vor

Der neue Gesetzentwurf zum Gentechnikgesetz wurde aus dem Eckpunktepapier im Seehofer-Ministerium entwickelt. Dieser Entwurf wird seit Anfang Mai in der Großen Koalition von CDU/SPD diskutiert und wurde im Kabinett abgestimmt. Voraussichtlich im Herbst 2007 wird der Bundestag darüber entscheiden.

Für Freisetzungen soll dann ein vereinfachtes Verfahren gelten. Ein Schutz ökologisch sensibler Gebiete und gentechnikfreier Regionen gibt es nicht.

Als Mindestabstand wird im Gesetzentwurf ein Abstand bei Mais von 150 m gefordert. Die SPD fordert 300 m. Mit Mindestabständen läßt sich die Verbreitung veränderter Gensequenzen nicht verhindern.

Die gesamtschuldnerische Haftung wird eingeschränkt und soll zukünftig erst bei einer gentechnischen Verunreinigung ab 0,9 % einsetzen. Die betroffenen Landwirte bleiben aber schon bei einer deutlich geringeren Verschmutzung auf ihrer Ernte sitzen oder können nur einen sehr viel geringeren Preis erzielen. Das würde das Ende der

gentechnikfreien Landwirtschaft bedeuten.

Die Einsicht in das Standortregister soll eingeschränkt werden. Das widerspricht der europäischen Freisetzungsrichtlinie.

Quelle: Geenpeace 24.5.07, dpa 3.5.07, keine-gentechnik.de 23.5.07

Hamburg, 24. 5. 2007

Antiterrordatei

Seit April besteht die Antiterrordatei für „terrorismusrelevante Informationen“ von rund 40 Polizeibehörden und Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder.

Neben den Grunddaten zur Identifizierung einer Person werden auch Daten gespeichert, die die Gefährdungseinschätzung einer Person zulassen. Diese so genannten 'erweiterten Grunddaten' können für Recherchen genutzt werden. Sie werden im Eilfall oder auf Nachfrage bei der speichernden Behörde sichtbar. Damit könnten „auch ungesicherte Informationen, die von einem Nachrichtendienst kommen, zur Polizei gelangen“ so der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar.

Die Gesamtzahl der gespeicherten Personen liegt zur Zeit bei rund 13.000. Die Zahl der davon in Deutschland lebenden erfassten Personen mache etwa ein Viertel der Gesamtmenge aus.

Quelle: silicon.de 30.03.2007, c't 9/07

Gesellschaft für Informatik kritisiert Datensammlung der Bundesbehörden scharf

Als „besorgniserregend“ hat Matthias Jarke, Präsident der GI, den zunehmenden Datensammeleifer öffentlicher Stellen bezeichnet. Mit der ab dem 1. Januar 2008 geltenden Regelung zur Vorratsdatenspeicherung, der Rasterfahndung sowie der Überlegung, private Computer mittels eines Trojaners ohne Wissen des Betroffenen durchsuchen zu wollen.

Damit habe die flächendeckende Sammlung von Daten und die mögliche Überwachung der Bevölkerung eine neue Qualität erreicht, so Jarke.

Durch solche Maßnahmen werde das verfassungsrechtliche Prinzip von Datenhoheit und Datensparsamkeit drastisch vernachlässigt und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung systematisch ausgehöhlt. Dies gelte auch für die in der Öffentlichkeit noch wenig wahrgenommenen Pläne zur Einführung des 'Elektronischen Einkommensnachweises' (ELENA, früher Jobcard). Ziel dieses Vorhabens ist die Ablösung bisher in Papierform vorzulegender Einkommensnachweise für die Beantragung von Sozialleistungen sowie zur Vorlage bei Gericht. Hierzu soll eine bundesweite, zentrale Datenbank eingerichtet werden, in der die Einkommensdaten aller abhängig Beschäftigten für die Dauer von mindestens vier Jahren archiviert werden.

Jarke forderte, dass in jedem Fall gewährleistet sein müsse, dass die Bürgerinnen und Bürger die Hoheit über ihre Daten behalten. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass einmal vorhandene Daten immer auch Begehrlichkeiten wecken. Er riet zu einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung der Daten. So sollen die Bürger ein Stück Kontrolle über ihre Daten zurückbekommen.

Quelle: silicon.de 31.05.2007

massive Ausweitung der Überwachung geplant

Bundesinnenminister Schäuble plant eine große Ausweitung der

Überwachungsbefugnisse. So sollen alle verfügbaren biometrischen Daten (Bilder, Fingerabdrücke) gespeichert werden, damit die Polizei jederzeit darauf zugreifen kann, obwohl es ursprünglich nur um die Fälschungssicherheit der Reisepässe gehen sollte. Die Mautdaten sollen entgegen allen Versprechungen jetzt auch zu Fahndungszwecken verwendet werden. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung im Grundgesetz will Innenminister Schäuble auch ändern lassen. Der große Lauschangriff auf Privatwohnungen, den Karlsruhe eingegrenzt hatte, soll so wieder uneingeschränkt möglich werden. Auch das präventive Belauschen von Telefongesprächen durch das Bundeskriminalamt will Schäuble zulassen, genauso wie den heimlichen Online-Zugriff auf Computerfestplatten. Auch dafür soll das Grundgesetz geändert werden. Dann dürfen Ermittler alle Gespräche komplett und automatisch aufzeichnen. Erst im Anschluß soll ein Richter entscheiden, was davon privat und daher zu löschen ist.

BVG-Urteil zum "Großen Lauschangriff" vom 03.03.2004: "Zur Unantastbarkeit der Menschenwürde gehört die Anerkennung eines absolut geschützten Kernbereichs privater Lebensgestaltung. Jede Erhebung von Informationen aus diesem Bereich muss abgebrochen werden. Jede Verwertung ist ausgeschlossen."

Quelle: Monitor 12.4.07, silicon.de 5.4.07, c't 9/07

Polizei nimmt von G8-Demonstranten Geruchsproben

Bundesinnenminister Schäuble (CDU) verteidigte die Entnahme von Geruchsproben bei G8-Gegnern. In bestimmten Fällen sei das "ein Mittel, um mögliche Tatverdächtige zu identifizieren", sagte Schäuble im Bayerischen Rundfunk.

Die Bundesanwaltschaft hatte gestern eingeräumt, dass bei mehreren G8-Gegnern Körpergeruchsproben genommen wurden. Mit Hilfe der Geruchsproben sollen besonders abgerichtete Hunde Tatverdächtige wiedererkennen. Die Abnahme von Geruchsproben war bisher als Überwachungsmethode des Staatssicherheitsdienstes in der DDR bekannt.

Quelle: tagesschau.de, 23.5.07

Geheimdienste schreiben Überwachungsgesetze

Jetzt wurde durch einen Bericht des ORF bekannt, daß die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung und ihre Umsetzung vom niederländischen Geheimdienst PIDS und das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz erarbeitet wird.

Parallel dazu werde der eigentliche Schnittstellen-Standard von einem anderen Sponsoren-Konsortium entwickelt, das unter der Führung des britischen Home Office und eines Mitarbeiters des MI5 stehen soll, der in den Arbeitsgruppen der EU tätig sein soll.

Auch das FBI soll an den Vorarbeiten beteiligt sein, so der Bericht.

Quelle: silicon.de 29.5.07

Globale Rüstungsausgaben überstiegen eine Billion US-Dollar

Das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) errechnete die Kosten der weltweiten Aufrüstung. Mit 1.030 Milliarden US-Dollar im Jahr 2005 sei die Schallgrenze von einer Billion US-Dollar deutlich überschritten worden. Eine anhaltende Militarisierung spiegele sich aber auch in einer raschen Zunahme von kriegerischen Auseinandersetzungen wider: Zwischen 2005 und 2006 stieg die Anzahl an Konflikten, bei denen zumindest sporadisch physische Gewalt angewendet wurde, von 91 auf 111. Die BICC-Experten sehen den Trend

zur globalen Aufrüstung auch in Zusammenhang mit den Rüstungsausgaben der USA, die 46 Prozent weltweit ausmachten. Die gestiegenen Verteidigungsausgaben sind in erster Linie auf den wegen des Irak-Konflikts aufgeblähten US-Verteidigungshaushalt, aber auch auf den beträchtlichen Anstieg der Militärausgaben in Russland, Indien und China zurückzuführen

Der allgemeine Trend weltweiter Aufrüstung ging 2005, dem letzten Jahr, für das zum Zeitpunkt der Abfassung des BICC-Jahresberichts gesicherte Daten vorlagen, weiter. In absoluten Zahlen ausgedrückt überstiegen die Militärausgaben zum ersten Mal die Grenze von einer Billion US-Dollar, was ungefähr 2,5 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) entsprach. Dies bedeutet einen Zuwachs um 25% seit 2001. Quelle: BICC-Pressebericht 22.5.07

Schweröl auf allen Weltmeeren

Die Internationalen Seefahrtorganisation (IMO) geht davon aus, dass 40 Prozent aller Ölverschmutzung von den zehntausenden Schiffen stammt, die täglich auf dem Weltmeeren unterwegs sind. Der dickflüssige Schiffsmotor-Treibstoff zerklumpt und schwimmt als Ölteppich auf den Meeren. Er verteilt sich nicht im Wasser wie das bei Diesel der Fall wäre. Doch Diesel wäre dreimal so teuer wie Erdöl.

Ein großes Schiff verfeuert 150 Tonnen Schweröl pro Tag. Schiffsschornsteine gehören schon heute zu den größten Schwefeldioxid-Verursachern der Welt. Da 80% aller Güter in der globalisierten Welt mit Schiffen transportiert werden, wird Schweröl in Schiffstanks schon in wenigen Jahren zu einem großen Umweltproblem werden.

Quelle: sonnenseite.com 20.01.2007

Haftung für Umweltschäden

Die Haftung der Wirtschaft für Umweltschäden soll einheitlich geregelt werden. Der Bundestag beschloss das Umweltschadensgesetz. Bei erheblichen Schäden von Boden und Gewässern müssen Verursacher künftig die zuständige Behörde informieren, Gefahren abwehren und Schäden sanieren. Sie haften finanziell. Dies gilt nicht bei Schäden durch bewaffnete Konflikte oder unabwendbare Naturereignisse.

Die FDP kritisierte, dass die mögliche Kostenfreistellung für Unternehmen nicht EU-weit einheitlich geregelt sei. Die Linkspartei hält den Anwendungsbereich für zu klein. Der Bauernverband bedauerte, es fehle eine Klarstellung, dass Landwirte Sanierungskosten für Umweltschäden nicht tragen müssten, wenn sie alle Vorschriften beachteten. Eine solche Klarstellung müssten nun die Länder vornehmen. Das Umweltschadensgesetz betrifft auch Schäden an der biologischen Vielfalt. Im deutschen Umweltrecht fehlt bisher eine Regelung zur Sanierung solcher Schäden. Damit wird EU-Recht in deutsches Recht umgesetzt.

Quelle: dpa, 9.3.07

Europa fängt bald mehr Wale als Japan

Tierschützer befürchten eine Ausweitung des Walfangs in Europa. „Während alle Welt auf Japan schaut, wird das asiatische Land wohl bald von den Walfangquoten in Europa überholt“ kritisierte die Sprecherin der Schutzorganisation Pro Wildlife, Sandra Altherr, am Donnerstag in München. „Japan hat eine aktuelle Quote von 1270 Walen, Norwegen und Island derzeit eine Quote von 1140 Tieren.“ Und es gebe Pläne der europäischen Länder,

künftig noch hunderte Finn- und Zwergwale mehr zu fangen.

Die meisten Wale in Europa jagt Norwegen. Das Land fühlt sich wegen eines Einspruchs gegen das Moratorium nicht an das Walfangverbot gebunden und hat in dieser Saison 1052 Zwergwale zum Abschuss freigegeben. Island hat ebenfalls Vorbehalte gegen das Moratorium angemeldet und jagt kommerziell 30 Zwerg- sowie 9 Finnwale sowie 39 weitere Zwergwale zu angeblich wissenschaftlichen Zwecken.

Quelle: dpa 24.5.07

Zuckeranreicherung von Wein

Die Anreicherung von Wein mit Zucker ist zwischen der EU-Kommission und Deutschland weiterhin heftig umstritten. EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel (Dänemark) sagte am Montag auf der Weinbaufachmesse Intervitis in Stuttgart: „Wir wollen Zucker bei der Weinbereitung abschaffen“. Dagegen setzte sich Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) auf der Intervitis entschieden dafür ein, die Anreicherung mit Saccharose (Zucker) auch nach der anstehenden Weinmarktreform in Europa unbedingt bestehen zu lassen. Seehofer sagte, das traditionelle Weinbereitungsverfahren mit Zucker sei seit 200 Jahren „ein Kern unserer Weinkultur“.

Quelle: dpa 23.4.07

Unternehmensbesteuerung

Der Bundestag hat die Unternehmenssteuerreform beschlossen. Dabei werden die Steuersätze ab 2009 im gleichem Umfang gesenkt, wie Steuerminderungen abgeschafft werden. Um die Verschiebung von Konzerngewinnen ins Ausland zu begrenzen wird eine Zinsschranke eingeführt.

Gleichzeitig wird eine Abgeltungssteuer in Höhe von 25% eingeführt. Damit entfällt die Steuerprogression auf Unternehmens- und Kapitalgewinne. Dies verstößt gegen das Prinzip der Leistungsfähigkeit. Schwache Unternehmen werden dadurch stärker geschwächt und für ertragsstarke Unternehmen sinkt der Beitrag an der Finanzierung des Sozialsystems. Mit der Abgeltungssteuer geht der reale Steuersatz bei Kapitalgesellschaften von 53% auf 48% zurück, bei Personengesellschaften nimmt er von 46% auf 47% zu. Damit werden Personengesellschaften, die eine höhere Haftung übernehmen nicht mehr steuerlich bevorzugt. Bei reinvestierten Gewinnen steigt bei Personengesellschaften der Steuersatz sogar auf 50%. Damit werden Personengesellschaften noch unattraktiver und das Eigenkapital aus dem Unternehmen gezogen. Eine solche Steuerpolitik ist desaströs.

Quelle: FAZ 26.5.07, PWC 19.4.07